



Bildungspolitik für das nächste Jahrtausend

Beschlußfassung
29. Landestag
25./26. Juli 1998
Festhalle
Geisingen

Einleitung

Die primäre Aufgabe unseres Bildungssystems ist es, junge Menschen auf das Leben und die spätere Berufswelt vorzubereiten. Deshalb kann es nicht statisch sein, sondern muß sich den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Nach unserer Ansicht geben u.a. folgende Erscheinungen der jüngeren Zeit Anlaß, neu über bildungspolitische Ansätze nachzudenken:

Wir befinden uns in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandel, der vor allem durch die modernen Informations- und Kommunikationstechniken gekennzeichnet ist. Mikroelektronik verändert Produktion, Dienstleistung und Verwaltung. Die spezifischen Arbeitsanforderungen sind daher neu zu definieren.

Es ist eine Tatsache, daß aufgrund des zunehmend rascheren technischen Wandels unsere Kenntnisse und Fertigkeiten immer schneller veralten. Das bedeutet, daß die bisher erworbenen Arbeitsqualifikationen in einem Tempo entwertet werden, das dem Tempo des Lernens davonläuft. Deswegen sind neue Qualifikationen und Fähigkeiten als übergreifende Grundkenntnisse (Schlüsselqualifikationen) in fast allen Berufen gefordert und treten neben einzelne Ausbildungsgänge.

Die familiäre Erziehung erfüllt die Anforderungen, die an sie gestellt werden nicht mehr. Die Klagen aus Schule und Wirtschaft über mangelndes Sozialverhalten, ungenügende Konzentrationsfähigkeit, sinkenden Leistungswillen und unzureichende Flexibilität der Schüler und Auszubildenden nehmen zu.

Im Lichte dieser Herausforderungen sollen die folgenden Thesen einen Rahmen zur Neuausrichtung unseres Bildungssystems geben:

Grundsätzliche Forderungen für alle Schularten

Die Ausbildung der Schüler im Bereich Informatik/neue Medien muß verbessert werden. Daher muß der Qualifikationsstandard der Lehrer und der Technologiestand an den Schulen im Fachbereich Informatik dem aktuellen Anwendungsstandard entsprechen.

Die Gewichtung des Diktates muß erhöht werden. Für Rechtschreibschwache ist an allen Schulen in Baden-Württemberg ein Förderkurs einzurichten.

Die Junge Union spricht sich gegen die Schaffung eines Bundes - Kultusministeriums aus.

Die Junge Union fordert die Oberschulämter dazu auf, unangesagte Kontrollen bei Lehrern durchzuführen, um objektive Ergebnisse zu erhalten.

Die Grundschule

Die Grundschule ist die einzige Schulart, in der Schülerinnen und Schüler aller Begabungen, Interessen und Fähigkeiten in einem Klassenverband unterrichtet werden. Sie legt den Grundstein für die weitere Entwicklung und schulische Laufbahn der Kinder.

Deswegen fordert die Junge Union Baden-Württemberg:

Die flexible Handhabung der Einschulung, wie sie seitens der Landesregierung realisiert wird, ist beizubehalten.

Besonders Kinder im Einschulungsalter weisen einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand auf, dem mit diesem Einschulungssystem Rechnung getragen wird.

Die Klassenteiler von derzeit 28 bis 31 dürfen nicht weiter steigen und sollen mittelfristig - auch im Hinblick auf sinkende Schülerzahlen - auf 25 verringert werden.

Die Grundschule muß auf die gegenüber weiterführenden Schulen stark unterschiedlich ausgeprägten Begabungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler eingehen.

Außerdem bedürfen Kinder dieses Alters einer weit größeren persönlichen Aufmerksamkeit und Zuneigung als in den weiterführenden Schularten.

Der 45-Minuten-Takt wird in der ersten und zweiten Klasse der Grundschule beibehalten. Allerdings soll die Unterrichtsstunde nicht vom Schulgong sondern von den Lehrern beendet werden. Vereinzelt wird dies bereits an einigen Schulen durchgeführt.

Schülerinnen und Schüler sollten in der Anfangszeit nicht abrupt aus einer Lerneinheit gerissen werden.

Ähnlich wie in den Bildungsplänen der weiterführenden Schulen ist der Erziehungs- und Bildungsauftrag für die Grundschulen nach Fächern einzuteilen und von der jetzigen Untergliederung nach Arbeitsbereichen Abstand zu nehmen.

Der Computer muß schon in der ersten Klasse fester Bestandteil der Lernmittelausstattung sein. Die Landesregierung soll Schulträger und insbesondere Sponsoren auffordern, in jedem Klassenzimmer einen PC zur Verfügung zu stellen.

Vor allem für die Grundschule ist dabei aus Kostengründen an gebrauchte PCs zu denken, die von Unternehmen ausgetauscht werden, für Lernprogramme und einfache Übungen aber ausreichen.

Die kindgerechte und an neuen didaktischen Erkenntnissen orientierte Einbeziehung von Computern in den Unterricht hält die Junge Union schon von Beginn der Grundschule an für sinnvoll. So kann auch ein Beitrag dazu geleistet werden, daß PC-Programme nicht nur zur Flucht in eine Spiel-Schein-Welt dienen.

Ab der dritten Klasse sollte der Umgang mit dem PC den Schülern spielerisch vermittelt werden. Dazu ist es jedoch notwendig, daß sich die Lehrkräfte regelmäßigen und vor allem gründlichen Fortbildungen, auch in ihrer Freizeit, unterziehen.

Das möglichst frühzeitige spielerische Erlernen einer Fremdsprache muß fester Bestandteil des Lehrplanes der Grundschule werden.

Fremdsprachenkenntnisse erlangen im zusammenwachsenden Europa immer grundlegendere Bedeutung. Deswegen soll zukünftig schon ab der ersten Klasse eine Fremdsprache eingeführt werden. Als Vorbild soll der Versuch in der Rheinschiene "Lerne die Sprache des Nachbarn" dienen.

Aus lernpsychologischer Sicht lernen Kinder zwischen sieben und neun Jahren am leichtesten eine weitere Sprache. Das Erlernen soll spielerisch und in allen Fächern, die sich dazu anbieten erfolgen, d.h. die Fremdsprache soll nicht als neues Unterrichtsfach eingeführt, sondern in die anderen Fächer integriert werden.

Am Oberrhein ist zu gewährleisten, daß Kinder, die bereits im Kindergarten spielerisch mit Französisch umgehen, die Sprache auch in der ersten und zweiten Klasse weiterführen können.

Zusätzlich zur üblichen Empfehlung des Grundschullehrers muß wieder eine Aufnahmeprüfung über den Besuch des Gymnasiums entscheiden, die als doppelte Klassenarbeit zur Gesamtnote im jeweiligen Fach zählt.

Über die letzten Jahre hinweg ist ein immer deutlicher werdender Trend zum Gymnasium zu erkennen. In baden-württembergischen Großstädten findet man Übergangsquoten von fast 60 Prozent. Dies schadet nicht nur der Ausgewogenheit zwischen den drei Schularten, sondern es erschwert auch, den Unterricht im Gymnasium auf einem einheitlich hohen Niveau zu halten. Der Realschule werden Schüler entzogen, was zu einem deutlichen Verlust der Lehrinhalte bei beiden Schularten führt. Im gleichen Maße steigt somit auch die Zahl der Hochschulüberflutung deutscher Universitäten ist u.a. auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Die Sonderschulen

In elf unterschiedlichen Sonderschularten sieht die Junge Union Baden Württemberg ein gesundes System zur Förderung lernschwacher und behinderter Kinder und Jugendlicher. Nichtsdestotrotz weisen die Schulversuche, die an fünf baden-württembergischen Grundschulen zur Integration behinderter Kinder ins Regelschulwesen durchgeführt wurden, eindeutig positive Ergebnisse aus.

Deswegen fordert die Junge Union Baden-Württemberg:

Den Ausbau der Kooperations- und Integrationsformen. Bei der Eingliederung behinderter Schülerinnen und Schüler ins Regelschulwesen ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Die Eingliederung muß über jedes behinderte Schulkind nach einer ganzheitlichen Diagnostik und gemeinsamer Beratung mit den Eltern und allen an der Förderung des Kindes beteiligten erfolgen.

Behinderte Kinder und Jugendliche haben sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Um eine optimale Förderung und sinnvolle Integration zu gewährleisten, ist eine Einzelfallprüfung unerlässlich. In einer Regelschule kann die notwendige Betreuung nicht immer voll gewährleistet werden.

Die Möglichkeiten zur Weiterbildung von Grund- und Hauptschullehrern im sonderpädagogischen Bereich müssen ausgebaut werden.

Bereits in der Grund-, aber auch in der Hauptschule gibt es Schülerinnen und Schüler, die eigentlich einer sonderpädagogischen Betreuung bedürfen. Dieser Entwicklung kann zum Teil durch den Ausbau der Kooperations- und Integrationsformen begegnet werden. Darüber hinaus müssen den Lehrkörpern jedoch solide Weiterbildungsmöglichkeiten geboten werden, um auf die Besonderheiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler optimal eingehen zu können.

Der projektorientierte Unterricht muß den Schwerpunkt der sonderpädagogischen Erziehung bilden.

Besonders für lernbehinderte Kinder und Jugendliche ist es wichtig, daß sie ein realisierbares Ziel vor Augen haben. Dies wird durch den projektorientierten Unterricht gewährleistet. Bei der Umsetzung ist den Sonderpädagogen ein größtmöglicher Freiraum einzuräumen.

Der besonderen Bedeutung einer Förderung lernschwacher und behinderter Schülerinnen und Schüler muß auch durch die Ausstattung an Sonderschulen Rechnung getragen werden.

Neben der fundierten Ausbildung der Sonderpädagogen ist die spezielle Ausstattung der Sonderschulen das wichtigste Element für die individuelle, der Lernbehinderung gerecht werdenden Förderung lernschwacher und behinderter Schülerinnen und Schüler. Die Qualität dieser Ausstattung muß deshalb erhalten werden.

An den Klassenteilern soll zumindest bei den Schularten für geistig behinderte Schülerinnen und Schüler festgehalten werden.

Die Hauptschule

In keiner der weiterführende Schularten ist das Niveau von Schule zu Schule so unterschiedlich wie in der Hauptschule. Während diese Schulart im ländlichen Raum eine solide Ausbildung gewährleistet, ist in den sogenannten Brennpunktschulen der Städte aufgrund der sozialen Spannungen ein Unterrichten kaum noch möglich.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert:

Um den Problemen in Brennpunktschulen besser gerecht werden zu können, muß das Thema Konfliktbewältigung ein zentraler Studienschwerpunkt der Lehrerausbildung für Grund- und Hauptschullehrer werden.

Vor Ort muß die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Sozialpädagogen und dem Lehrkörper verstärkt werden.

Zusätzlich ist es notwendig, daß die Landesregierung ein Konzept erarbeitet, welches eine differenzierten Zuweisung von Fördermitteln für die Schulen ermöglicht. Dieses könnte z.B. eine Ver-

kleinerung des Klassenteilers, eine bessere Versorgung mit Schulpsychologen oder auch ein erweitertes Angebot an Ganztagesbetreuung in den Brennpunktschulen beinhalten. Seitens des Lehrkörpers ist es notwendig, individuell auf die Schule abgestimmte Konzepte für eine intensivere Einbindung der Eltern in das Schulleben zu entwickeln, damit sich die Schule für die Schülerinnen und Schüler wirklich als ein Lern- und Lebensraum darstellen kann.

Die Zwergschulen im ländlichen Raum sollen auch in Zukunft die Unterstützung der Landesregierung erhalten.

Durch Klassenausgleich zwischen Schulen sollen weitere Schließungen aus finanziellen Gründen von kleinen, ländlichen Schulen umgangen werden, um auch weiterhin die Wohnortnähe gewährleisten zu können.

Die Kulturtechniken werden von vielen Hauptschulabgängern nur unzureichend beherrscht. Hierin liegt ein Hauptgrund für die schlechte Vermittelbarkeit von Hauptschulabgängern im Arbeitsmarkt. Daher müssen Lesen, Rechtschreibung, Grammatik und Rechnen intensiver als bisher gelehrt werden.

Ein Schwerpunkt neben der Vermittlung dieser Fertigkeiten muß bei der Erziehung der Schülerinnen und Schüler auf dem Erwerb der sogenannten Schlüsselqualifikationen liegen.

Hierzu gehören: Methodenkompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Sozialkompetenz, Medienkompetenz wie auch eigenverantwortliches Lernen. Diese Fähigkeiten sind von besonderer Bedeutung, da sie den vielfältigen Ansprüchen der hochtechnologisierten und sich rasch wandelnden Berufswelt am besten Rechnung tragen.

Um der schnellen Weiterentwicklung im Bereich der Medientechnologie annähernd gerecht werden zu können, ist eine ständige Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer auf diesem Gebiet dringend erforderlich.

Die Junge Union spricht sich für die Beibehaltung des bisherigen Modells „9+1“ aus, jedoch unter Angleichung des Prüfungsniveaus an „normale“ Realschulprüfungen. In diesem Zusammenhang ist die Notwendigkeit von Mehrunterricht im zusätzlichen zehnten Schuljahr zu prüfen.

Damit bleibt der Unterschied zwischen der Haupt- und der Realschule deutlich und es wird der Gefahr entgegengewirkt, das Niveau der weiterführenden Bildungsabschlüsse weiter zu senken. Die Möglichkeiten, zwischen den verschiedenen Schularten zu wechseln, dürfen nicht dazu führen, daß in der Hauptschule schon auf die Mittlere Reife vorbereitet wird. Nach wie vor wird die Hauptschule vor allem zur Vorbereitung einer Ausbildung im handwerklichen Bereich genutzt; dem muß ihr Profil Rechnung tragen.

Die Junge Union spricht sich für eine zentrale Hauptschulprüfung aus.

Um die zukünftigen Arbeitnehmer bereits in ihrer schulischen Ausbildung auf die späteren Anforderungen im Berufsleben vorzubereiten, bedarf es eines noch intensiveren Kontaktes zwischen Wirtschaft (insbesondere des Handwerks) und Schule. Diese Intensivierung soll dadurch erreicht werden, daß das bisherige zweiwöchige Praktikum in der achten Klasse auf mindestens zwei mal zwei Wochen in unterschiedlichen Betrieben ausgedehnt wird.

Um die Vernetzung der Praktika mit der Unterrichtsarbeit zu gewährleisten, ist es notwendig, die Lehrkräfte in die Praktika zu integrieren.

Pflichtförderunterricht für Schüler mit Problemen beim Umgang mit der deutschen Sprache halten wir für unumgänglich. Für ausländische Schüler mit nicht ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache ist ein einjähriger ausschließlicher Intensivkurs mit anschließender Abschlußprüfung vorzusehen.

Dieser Kurs ist vor Eintritt in die deutsche Schule zu absolvieren und in der Regel von den Teilnehmern selbst, gegebenenfalls über zinsverbilligte Kredite, zu finanzieren.

Nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen kann eine erfolgreiche Integration in den Regelunterricht erfolgen. Ist dies nach diesem Intensivkurs noch nicht möglich, muß ein ergänzender Pflicht-

tunterricht in Deutsch parallel zum Regelunterricht stattfinden, in dem noch bestehende Sprachschwierigkeiten abgebaut werden.

Die Realschule

Ziel der Realschule muß es weiterhin sein, vertiefte Grundkenntnisse und praktische Fertigkeiten sowie die Befähigung zur theoretischen Durchdringung lebensnaher Probleme zu vermitteln. Sie strebt an, ihren Schülerinnen und Schülern auf dem Wege über die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sachverhalten wachsendes Vertrauen in ihr eigenes Können zu geben und ihnen tiefere Einsichten in komplexere Sachzusammenhänge zu verschaffen. Die Realschule fördert in zunehmendem Maße die Fähigkeit, von konkreten Tätigkeiten schrittweise zu bildhaften, schematischen und modellhaften und von diesen zu abstrakteren Darstellungsformen zu gelangen.

In einem eigenständigen Bildungsgang schafft die RS die Grundlage für Berufe mit erhöhten theoretischen Anforderungen, in denen Aufgaben mit gehobenen Ansprüchen an Leistungsbereitschaft, Selbständigkeit, Verantwortung und Menschenführung gestellt werden sowie für eine Vielfalt von schulischen Bildungsgängen, vorwiegend im beruflichen Schulwesen.

Die Fähigkeit zur korrekten Verwendung der Sprache und zum normgerechten Schreiben ist in allen Fächern zu schulen. Schülerinnen und Schüler der Realschule müssen sich auf erhöhte Anforderungen an ihre Lern- und Leistungsbereitschaft einstellen.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert deshalb:

Das verstärkte exemplarische Arbeiten in der Realschule, ohne daß dabei jedoch die Zusammenhänge der einzelnen Bereiche unterschlagen werden.

Durch diese Form werden die Schülerinnen und Schülern angehalten, sich intensiv mit einem Problem auseinanderzusetzen, es zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten, die auch auf andere Bereiche übertragen werden können.

Die Gewichtung des Diktates muß erhöht und die fakultative Bestimmung, in allen Fächern bis zu einer Note für übermäßige Mängel in der Rechtschreibung bei Arbeiten abziehen zu können, in eine Mußbestimmung umgewandelt werden. Dies soll ebenfalls für die Gymnasien gelten.

Die Anfertigung von Halbjahres- und Jahresarbeiten - je nach Altersstufe - in allen Kernfächern sowie den Naturwissenschaften sollte zur Regel werden, um die Schülerinnen und Schüler zu einer kontinuierlichen Arbeit und einer längerfristigen Organisation eigenverantwortlicher Arbeit zu erziehen.

Kernfächer sollen in einer Mindestwochenstundenzahl von 4 Stunden unterrichtet werden. Desweiteren soll die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen für interessierte Schüler gefördert werden.

Als Ausgleich hierfür könnten die dritte Stunde BK in Klasse 6 und die 3 Stunde Sport in Klasse 10 gestrichen werden.

Die Anhebung des Stundendeputates für Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen um eine Wochenstunde ab dem Schuljahr 1999/2000.

Im Jahr 1990 wurde eine Arbeitszeitreduzierung aller Landesbeamten von 40 auf 38,5h/Woche eingeführt. Da bei Lehrerinnen und Lehrern die wöchentliche Arbeitszeit nicht reduziert wurde, erhielten diese als Ausgleich drei zusätzliche Ferientage. Weil zwischenzeitlich (seit 1.10.1996) die Arbeitszeit der Beamten wieder auf 40 Stunden/Woche erhöht wurde, erscheint es gerecht, auch die Arbeitszeit für Lehrer entsprechend anzuheben.

Eine einfache Streichung der drei zusätzlichen Ferientage lehnt die Junge Union Baden-Württemberg ab. In Anbetracht der momentanen Haushaltslage ist eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit vorzuziehen.. So kann das Unterrichtsangebot ausgebaut werden, ohne daß zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden müssen.

Das Gymnasium

Durch jährlich steigende Übergangsquoten und damit höhere Schülerzahlen ist eine stetige Entwicklung des Gymnasiums zur Regelschule zu verzeichnen, die über die letzten zwanzig Jahre hinweg zu einem deutlichen Niveauabfall geführt hat. Darunter leidet das dreigliedrige Schulsystem im Gesamten. Vor allem die Realschule verliert ihren Stellenwert als Bildungseinrichtung für kaufmännische Lehrberufe.

Es bedarf daher einer deutlichen Trendwende. Das Gymnasium muß wieder ein elitärer Charakter verliehen werden, um den ihm gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Vernetztes Denken muß durch interdisziplinäres Lernen gelehrt, das Abitur nicht nur den Erfordernissen der Universitäten, sondern auch denen der Industrie stärker angepaßt und insgesamt eine deutliche Steigerung des Niveaus herbeigeführt werden.

Deutschland leistet sich europaweit die höchsten Altersstufen für hochschulberechtigte Schulabgänger. Hier kann eine Senkung des Einschulalters nicht der einzige Weg sein.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert daher:

Nach erfolgter Optimierung bzw. Reform der Lehrpläne und Lehrinhalte muß bundesweit einheitlich, nach Abstimmung unter den Bundesländern, festgelegt werden, in welcher Zeit das Abitur zu erreichen ist.

Bis zum Jahr 2002 sollen flächendeckend alle Gymnasien in Baden-Württemberg in acht Jahren zum Abitur führen. Der Lehrplan muß dementsprechend gestrafft werden, damit sich die Lehrinhalte nicht einfach verschieben.

Die bisher in neun Jahren gelehrt Inhalte können auch in acht Jahren vermittelt werden. Der gymnasiale Bildungsplan enthält viele Bereiche, die mehrfach erlernt werden und somit unnötig Zeit beanspruchen. Das bisher nur versuchsweise als möglicher Wahlzug bestehende "G 8" hat gezeigt, daß das gleiche Wissen auch in diesem kürzeren Zeitraum gelehrt und gelernt werden kann. Bestätigt wird dies zusätzlich noch durch ostdeutsche Bundesländer, in denen die gymnasiale Ausbildung generell nur acht Jahre umfaßt. Ein paralleles Fortbestehen des acht- und neunjährigen Gymnasiums ist abzulehnen. Die Folge wäre ein Konkurrenzdruck zwischen den beiden Zügen. Während im "G 8" die guten Schüler ein schnelles Vorankommen ermöglichten, blieben im neunjährigen Zug die mittelmäßigen und schlechten Gymnasiasten zurück.

In allen Bundesländern muß innerhalb einer Frist von zwei Jahren das Zentralabitur eingeführt werden. Die Kultusministerkonferenz muß Instrumentarien zur Einführung einer systematischen Qualitätssicherung im Bildungswesen schaffen.

Die Anzahl der Prüfungsfächer im Abitur ist zu erhöhen. Neben Mathematik, Deutsch und einer Fremdsprache soll zusätzlich ein Profulfach und Neigungsfach auf Leistungskursniveau abgeprüft werden. Zwei dieser Fächer, wovon eines bindend Mathematik, Deutsch oder eine Fremdsprache sein muß, sollen das Niveau der bisherigen Leistungskurse haben (d.h. weiterhin fünf Unterrichtsstunden pro Woche); die übrigen drei sollen über dem Niveau der bisherigen Grundkurse liegen (d.h. in der Regel vier Unterrichtsstunden pro Woche).

Das Abitur als Zertifikat zur Hochschulreife stellt in seinem momentanen Zustand eher eine Hochschulzugangsberechtigung als eine Hochschulzugangsbefähigung dar.

Um die Ausgangsposition aller Abiturienten für ein Studium zu verbessern, müssen alle Schülerinnen und Schüler in den drei Kernfächern über dem Niveau der bisherigen Grundkurse unterrichtet werden. Daneben sollen Schwerpunkte der Ausbildung unter Berücksichtigung der verschiedenen gymnasialen Profile gesetzt werden können.

Folge dieses Vorschlags ist, daß wegen der geringeren Kombinationsmöglichkeiten die Schülerinnen und Schüler zwar nicht im Klassenverband unterrichtet werden, sich die Zusammensetzung aber in mehr Fächern als bisher angleichen wird.

Darüber hinaus muß im Gymnasium fächerübergreifender Unterricht gewährleistet sein. Das reine Abfragen in zwei Jahren gelehrt Inhalte in vier strikt voneinander getrennten Fachbereichen fördert nicht die Fähigkeit zum vernetzten und fächerübergreifenden Denken.

Die Erstellung einer Facharbeit muß Pflichtbestandteil einer der Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe werden. Neben den fachlichen Aspekten richtet sich diese Facharbeit an den Lernzielen „projektbezogenes Arbeiten“, „fächerübergreifende Wissensanwendung“ und „Teamentwicklung“ aus.

In das Fach Gemeinschaftskunde muß die Wirtschaftskunde als ein weiterer Schwerpunkt integriert werden. Das Fach Gemeinschaftskunde soll bereits ab der 8. oder 9. Klasse und nicht, wie bisher, ab der 10 Klasse unterrichtet werden. Dies muß sich auch in der Wochenstundenzahl der Klassen 8 - 11 niederschlagen.

Bei Abiturienten ist ein erschreckend großes Unwissen über wirtschaftliche Grundbegriffe und Abläufe vorhanden. Die hohen Studierendenzahlen in wirtschaftlichen Studiengängen dürfen über dieses Manko am Gymnasium nicht hinwegtäuschen. Einzig an den beruflichen Gymnasien gibt es das Fach "Wirtschaftskunde", das einen sinnvollen Einstieg bietet. Auf dem allgemeinbildenden Gymnasium bleibt der Fachbereich 'Wirtschaft' dem Gemeinschaftskundeunterricht vorbehalten, der aber auch gesellschaftliche, politische und juristische Themen mit einer geringen Wochenstundenzahlen abhandeln muß. Ebenso ist die politische Bildung im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts mehr als bisher zu unterrichten.

Darüber hinaus ist im Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht aller Schulen die Nachkriegszeit (zu Lasten anderer Themen) verstärkt zu berücksichtigen.

Projektbezogenes Arbeiten und fächerübergreifender Unterricht müssen in Unter- und Mittelstufe verstärkt in den Lehrplan eingefügt werden, um Teamfähigkeit und interdisziplinäres Lernen zu vermitteln.

Die Klassengemeinschaft bietet zwar einen strukturellen Zusammenhang, die Lehrinhalte aber kein wirklich homogenes gemeinschaftliches Arbeiten. Zwischen den Fachbereichen wird strikt getrennt, die Fähigkeit, Inhalte aus dem einen ins andere Fach zu übertragen, ist bei Gymnasiasten nur mäßig ausgeprägt. Vernetztes Denken bildet aber im späteren Berufsleben einen entscheidenden Faktor, der gepaart mit der Arbeit im Team eine wichtige, auf dem Gymnasium zu lernende Grundlage darstellt.

Die Junge Union Baden-Württemberg fordert das Kultusministerium dazu auf, Schüler vor dem Abitur die Möglichkeit eines Schnupperstudiums an einer Uni, FH oder BA zu geben. Desweiteren soll BOGY zeitlich verlängert werden.

Auf regionaler Ebene müssen schulische Leistungszentren entstehen, in denen hochbegabte Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Förderung erhalten.

Es ist nicht haltbar, daß es in der Bundesrepublik mehr als 2000 Schulen für lernschwache und behinderte Schülerinnen und Schüler gibt, aber nur eine einzige (in Braunschweig), in denen hochbegabte Kinder und Jugendliche ihren Begabungen entsprechend gefördert werden.

Das Stundendeputat für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien muß um eine Woche ab dem Schuljahr 1999/2000 angehoben werden.

Im Jahr 1990 wurde eine Arbeitszeitreduzierung aller Landesbeamten von 40 auf 38,5h/Woche eingeführt. Da bei Lehrerinnen und Lehrern die wöchentliche Arbeitszeit nicht reduziert wurde, erhielten diese als Ausgleich drei zusätzliche Ferientage. Weil zwischenzeitlich (seit 1.10.1996) die Arbeitszeit der Beamten wieder auf 40 h/Woche erhöht wurde, erscheint es gerecht, auch die Arbeitszeit für Lehrer entsprechend anzuheben.

Eine einfache Streichung der drei zusätzlichen Ferientage lehnt die Junge Union Baden-Württemberg ab. In Anbetracht der momentanen Haushaltslage ist eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit vorzuziehen. So kann das Unterrichtsangebot ausgebaut werden, ohne daß zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden müssen.

Der Beamtenstatus für Lehrer ist abzuschaffen.

Ähnlich wie an Hochschulen muß ein Evaluationssystem eingeführt werden.

Es ist untragbar, daß völlig unfähige Lehrer an den Gymnasien in Baden-Württemberg unterrichten dürfen und dafür noch gleichviel Geld bekommen, wie ihre fähigen Kollegen. Zur Verbesserung des Niveaus an den Gymnasien fordert die JU daher häufige Unterrichtsbesuche bei jedem Lehrer.

An baden-württembergischen Gymnasien sollen mathematisch-naturwissenschaftlich besonders begabte Schüler nach dem „Berliner Modell“ besonders gefördert werden.

In Berlin unterrichten die Gymnasiallehrer gemeinsam mit Hochschulprofessoren in besonderen Förderstunden. Dieser Unterricht soll, je nach den örtlichen Gegebenheiten, an der Schule oder

an der Hochschule selbst stattfinden können. Außerdem ist zu prüfen, ob sich dieses Modell auch auf andere Fächer, insbesondere Sprachen und Wirtschaft ausdehnen läßt.

Multimediale Techniken müssen verstärkt im Unterricht Anwendung finden. Von Klasse 7-9 ist daher informationstechnische Grundbildung (ITG) als einstündiges Fach einzuführen.

Die Vergleichbarkeit von Leistungen an allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien muß gegeben sein, da über beide Wege die allgemeine Hochschulreife erlangt werden kann.

Deshalb sind in den sich deckenden Fächern wie Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen usw. dieselben Prüfungsaufgaben zu stellen, um einen gleichen Leistungsstand und eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Desweiteren muß für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse von landesweit gleichen Prüfungsbedingungen ausgegangen werden können, wonach die dispositiven Möglichkeiten der Prüfungsvorsitzenden in der mündlichen Prüfung abzuschaffen sind. Dies gilt für alle Gymnasien.

Die Berufsschulen

Grundsätzlich hält die Junge Union am bewährten dualen Bildungssystem fest. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsplatzsituation, der immer längeren Ausbildungszeiten und der zunehmenden weltweiten Verflechtungen ist es jedoch unabdingbar, das bisherige System zu erweitern.

Das Ausbildungssystem ist weltweit anerkannt und gilt in vielen Ländern als vorbildlich. Um die zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten vieler Schulabgänger mit dem dualen System zu vermindern, müssen die Eingangsvoraussetzungen von Haupt- und Realschule sowie Gymnasien zur Berufsausbildung besser abgestimmt werden, d.h. es muß mindestens ansatzweise ein besserer Praxisbezug insbesondere in der Haupt- und Realschule geschaffen werden.

Die Junge Union Baden-Württemberg setzt sich deswegen für folgende Änderungen ein:

Der Berufsschulunterricht sollte noch mehr auf die betriebliche Praxis abgestimmt werden, d.h. Schülerinnen und Schüler müssen im Unterricht mit den realen Arbeitsbedingungen bzw. -anforderungen stärker als bisher konfrontiert werden.

Die Stundenpläne in den Berufsschulen müssen so gestaltet sein, daß die Auszubildenden in den Betrieben auch tatsächlich effizient und den betrieblichen Ausbildungsinhalten entsprechend eingesetzt werden können. D. h. wo immer dies organisatorisch möglich ist, sollen schulische und betriebliche Ausbildung blockweise ablaufen (zwei Tage hintereinander Schule, die folgenden drei Tage Betrieb).

Wir fordern die Tarifpartner zur schnellstmöglichen Schaffung neuer, sich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Zukunftsperspektiven orientierenden Berufsbildern auf.

Im Zusammenwirken von Kammern, Tarifpartnern und der öffentlichen Hand sind insbesondere in den Feldern Biotechnik, Umwelttechnik, neue Medien usw. Anforderungsprofile für neue Ausbildungsberufe zu erarbeiten.

Die Abstimmungsprozesse zwischen Bund und Ländern sind deutlich zu beschleunigen.

Von den Berufsschullehrern sind regelmäßige Teilnahmen an Fortbildungen in Theorie und Praxis in den sie umgebenden Handwerksbetrieben zu verlangen.

Der Lehrkörper muß in der sich rasch wandelnden Berufswelt immer auf dem neuesten Stand sein, will die deutsche Wirtschaft in der internationalen Konkurrenz weiter mitspielen. Außerdem ist es den Schülerinnen und Schülern nicht zumutbar, daß sie von Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden, denen seit Jahren der Praxisbezug fehlt.

Um den Schülerinnen und Schülern, die eine Berufsschule besuchen ein erweitertes Bildungsangebot zu unterbreiten, ist es erstrebenswert, besonders begabte Auszubildende als Tutoren zu gewinnen.

Diese können sowohl den Lehrkörper unterstützen als auch Arbeitsgemeinschaften für andere Auszubildende anbieten. Dies fordert und fördert sowohl die Tutoren wie auch die anderen Auszubildenden.

Die Möglichkeit, neben der Berufsschule parallel die Fachhochschulreife zu erwerben, muß auf alle Berufsschulen ausgeweitet werden.

Die Junge Union fordert die Berufsschulen und Industrie- und Handwerkskammern dazu auf, zum Wohle der Berufsschüler sowohl die Zwischen- als auch die Abschlußprüfung in Zukunft gemeinsam abzunehmen, um beiden Prüfungen die notwendige Relevanz im theoretischen und auch im praktischen Bereich zu verleihen.

Wir sprechen uns gegen Ausbildungsabgaben, in welcher Form auch immer, aus.

Solch eine Abgabe würde es den Betrieben erleichtern, sich von der Ausbildung junger Leute freizukaufen und die Ausbildung auf den Staat zu übertragen.

Die Wirtschaft muß sich im Klaren darüber sein, daß die berufliche Ausbildung von jungen Menschen die Sicherung der eigene Zukunft und somit auch des Standortes Deutschland bedeutet. Statt Bestrafung sollten jedoch Anreize geschaffen werden (z.B. steuerlicher Art). Ebenso muß das „Lehrlings-Sharing“ weiter ausgebaut werden.

Für die Berechtigung zur Ausbildung müssen gewisse, für die jeweilige Branche allgemeingültige Qualifikationen erbracht werden.

Diese sind u.a. in der „Ausbilder - Eignungsverordnung der Gewerblichen Wirtschaft“ (AEVO) geregelt. Um das weltweit anerkannt hohe Niveau der beruflichen Ausbildung in Deutschland nicht zu gefährden, ist eine Liberalisierung der AEVO und anderer zur Berufsausbildung qualifizierender Richtlinien abzulehnen und ggf. rückgängig zu machen.

Die Hochschulen

Baden-Württemberg verfügt mit seinen Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, seinem Erfolgsmodell Berufsakademie sowie den unterschiedlichen künstlerisch betonten Hochschulen im Vergleich zu anderen Bundesländern über ein vielfältiges System an Spitzenausbildung. Dieses System muß jedoch den modernen Anforderungen angepaßt werden.

Die Hochschulen müssen sich aufmachen wieder zur Weltspitze der Bildungseinrichtungen aufzustoßen. Das Spannungsfeld zwischen Humboldt'schen Idealen, dem Studium zur Persönlichkeitsentwicklung und der klaren Ausrichtung der Ausbildung auf einen den Bedürfnissen des internationalen Arbeitsmarktes angepaßten berufsqualifizierenden Abschluß muß Ausgangspunkt für eine umfassende Reform unseres Hochschulsystems sein.

Deswegen fordert die Junge Union:

Die Hochschulen sind nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu reorganisieren. Ihnen ist über die Einführung von Globalhaushalten und dezentraler Ressourcenverantwortung ein eigenverantwortlicher Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu ermöglichen.

Die Entscheidungsebenen müssen dazu neu strukturiert werden. Die Abschaffung von Senat und Verwaltungsrat darf kein Tabu sein. In die Führungsgremien sollen Personen mit Sachverstand aus Wirtschaft und Kultur einbezogen werden. Voraussetzung für eine eigenverantwortliche betriebswirtschaftliche Führung ist die Einführung betriebswirtschaftlicher Kosten- und Leistungsrechnung. Das kameralistische Rechnungswesen ist abzuschaffen.

Wir fordern von den Universitäten, daß sie verstärkt an einem eigenständigen Profil und Image arbeiten. Die Landesregierung wird aufgefordert, Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu schaffen, um die Effektivität der Hochschulen zu steigern.

Hochschulen mit einem klaren Leistungsprofil und eindeutigen Schwerpunkten sind Voraussetzung für einen effektiven Wettbewerb untereinander.

Studenten sollen sich mit "ihrer" Hochschule identifizieren. Die Universitäten sollten sich besser und offensiver z.B. im Internet vermarkten und mit ihrem Studienangebot werben.

Der Beamtenstatus des Lehrpersonals an den Hochschulen ist abzuschaffen. Professuren sind nur noch auf Zeit zu vergeben.

Da eine solche Politik nur bundesweit durchzusetzen ist, fordern wir von der Landesregierung umgehend eine Bundesratsinitiative zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen..

Die Habilitation als zwingende Voraussetzung zur Berufung auf einen Lehrstuhl ist abzuschaffen.

Sie soll durch eine kürzere Praxiszeit als Dozent ersetzt werden. Vor der Berufung sind die wissenschaftlichen und pädagogischen Fähigkeiten in einem Testverfahren nachzuweisen.

Wir setzen uns für modularisierte Abschlüsse ein.

Bei einer hohen Zahl von Studienabbrechern und Studienfachwechslern ist es wichtig, auch durch Zwischenprüfungen erworbene Teilabschlüsse ausweisen zu können.

Die Hochschulen sollen die Möglichkeit stärker nutzen, international anerkannte Abschlußgrade wie Bachelor und Master zu verleihen. Die Vergabe dieser Grade sollte eigenverantwortlich durch die Hochschullehrer geschehen.

Wichtig ist, daß auch ein differenziertes Abschlußgefüge für Studenten und Wirtschaft überschaubar bleibt. Deswegen müssen die neuen angelsächsischen und die gängigen deutschen Abschlüsse sinnvoll miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Das Studium muß stärker als bisher internationalisiert werden.

Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, sollen deutsche Studierende viel stärker als bisher Teilabschnitte ihres Studiums im Ausland verbringen. Die Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen muß sichergestellt werden.

Um die Mobilität der Studenten zu erhöhen, ist eine entsprechende Gestaltung des Auslands-BAföG sowie eine Aufstockung der Mittel für Austauschprogramme (wie z.B. des Sokrates-Programms) erforderlich.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg ist ein Evaluationssystem einzuführen, bei dem Studierende und andere Professoren die Lehrleistungen eines jeden Dozenten beurteilen.

Das Evaluationsergebnis muß Einfluß auf die Entlohnung der Hochschullehrer sowie die finanzielle Ausstattung der Lehrstühle haben.

Die ZVS muß abgeschafft werden.

Die Studienplätze sind durch die Universitäten in einem individuellen Auswahlverfahren zu vergeben. Dabei ist den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, neben der Abiturnote eigene Auswahlkriterien festzulegen.

Erst nach einer Strukturreform, die den oben genannten Forderungen nachkommt, kann eine allgemeine Studiengebühr eingeführt werden.

Erst wenn die Qualität eines Produktes stimmt, kann es auch bepreist werden. Wer Studiengebühren zu schnell einführt, schafft neue Finanzspritzen für veraltete Strukturen und nimmt den essentiellen Veränderungsdruck vom System. Als Finanzierungsanteil und Leistungsanreiz schlagen wir am Ende eine Semesterstudiengebühr von DM 1.000.- vor. Diese kann sofort bezahlt oder in Form eines zinsvergünstigten Darlehens finanziert werden. Den besten 5 % eines Jahrgangs einer Universität soll die Gebühr erlassen werden. Langzeitstudierende sollen ab der Überschreitung der Regelstudienzeit um fünf Semester die doppelte Gebühr bezahlen.

Herausgeber:



Junge Union
Baden-Württemberg
Hasenbergstr. 49b
70176 Stuttgart
Telefon 0711/66904-53
Telefax 0711/66904-45
jubawue@junge-union.de
www.junge-union.de/jubawue